

INTERVIEW

„Ich fühle mich als Anwalt der Insel“

vom 23. November 2013

Aus der Redaktion der Sylter Rundschau

ür Ingbert Liebing hat die dritte Legislaturperiode im Deutschen Bundestag begonnen. Im Interview spricht er über die Koalitionsverhandlungen in Berlin und die Sylter Themen, die ihn in beschäftigen.

Genussvoll und mit einem Lächeln im Gesicht blickt Ingbert Liebing über seinen Kaffee hinweg durch die großen Panoramafenster auf Meer und Horizont. In solchen, eher seltenen Momenten weiß der Sylter Bundestagsabgeordnete wieder, was seinen Wahlkreis und vor allem seine Heimatinsel so besonders macht. Gerade in den letzten Wochen blieb dem 50-Jährigen dafür nicht viel Zeit. Zu Beginn seiner dritten Legislaturperiode war er erstmals direkt an den Koalitionsverhandlungen beteiligt – als Mitglied im Arbeitskreis Energie. Zudem hat er sich weiter als Interessenvertreter der Kommunalpolitik profiliert. Genügend Themen also für ein Interview mit Sylts Repräsentanten in Berlin.

Und, wie ist Ihr Gefühl – kommt es zur Großen Koalition in Berlin oder macht eine der beiden Seiten noch einen Rückzieher?

Ich richte mich innerlich auf eine Große Koalition ein. Wenn man sich auf den Weg von Koalitionsverhandlungen macht, muss man sie auch verantwortlich zu Ende bringen. Und es wäre schon sehr ungewöhnlich, wenn dann die Mitgliedschaft der SPD in einer Mitgliederbefragung die Parteiführung hängen lässt.

In wie weit belastet das die Koalitionsverhandlungen?

Die SPD benutzt dies oft genug als Druckmittel nach dem Motto: wir müssen unseren Mitgliedern Ergebnisse präsentieren, damit sie mitmachen. Aber das kann nicht dazu führen, dass die SPD durch diesen Druck mehr durchsetzt. Wir lassen uns dadurch nicht unter Druck setzen, sondern sagen: wir verhandeln ein vernünftiges Ergebnis. Es ist dann Aufgabe der SPD ihren Mitgliedern dieses zu vermitteln.

Gibt es für Sie einen „Plan B“ – wären die Grünen mittlerweile der möglicherweise bessere Koalitionspartner für die CDU?

Da wir davon ausgehen, dass es zur Großen Koalition kommt, beschäftigen wir uns mit

keinem Plan B. Persönlich fand ich die Sondierungsgespräche mit den Grünen gut. Schade, dass sie dann aufgegeben wurden. Aber es war erkennbar noch zu früh – vor allem für die Grünen, die sich erst einmal neu finden und sortieren müssen. Gehen sie den Weg eines Linksbündnisses, dann sind sie für uns kein Partner. Wollen sie mehr als ihre acht bis neun Prozent haben, dann müssen sie weiter in die Mitte gehen. Für eine dritte linke Partei neben SPD und Linker ist kein Platz. Ich begrüße, dass es jetzt nichts besonderes mehr wäre, wenn die Union mit den Grünen eine Koalition eingeht – auf Landes- oder Bundesebene.

Horst Seehofer war der Erste, der öffentlich das Wort Neuwahlen in den Mund genommen hat. Ist das aus Ihrer Sicht eine Option?

Wenn alles scheitert, kommen Neuwahlen, deshalb braucht man damit nicht zu drohen. Aber keiner will Neuwahlen. Ich glaube, das ginge am Empfinden der Menschen vorbei. Mein Eindruck ist, dass den meisten die Verhandlungen schon viel zu lange dauern. Wenn es jetzt mit der SPD und danach auch mit den Grünen scheitert, würden wir im Mai mit der Europawahl neu wählen und haben nächsten Sommer eine neue Regierung – da fassen sich die Menschen doch an den Kopf. Nein! Wir sind gewählt, um Verantwortung zu übernehmen, der sich Union und SPD jetzt stellen müssen.

Wie war die Atmosphäre im Koalitionsarbeitskreis Energie, dem Sie angehört haben? Sachlich, zielorientiert, aber auch spannend. Da sitzen 17 Verhandler, darunter drei SPD-Ministerpräsidenten und zwei Landesminister, die alle nur ihr Landesinteresse im Blick hatten. Stefan Weil aus Niedersachsen interessiert sich nur für Offshore-Windkraft, Saarlands Energieminister Heiko Maas will seine Stahlindustrie schützen, Hannelore Kraft hat ein hohes Interesse an der Kohlekraft und Dietmar Woidke aus Brandenburg geht es ausschließlich um seine Braunkohle. Das war sehr interessant zu sehen, auch wenn alle überzeugt davon waren, ein gemeinsames Ergebnis zu präsentieren.

Sind Sie denn zufrieden mit dem Ergebnis?

Im Großen und Ganzen ja. Denn die Botschaft heißt, wir wollen die Energiewende zum Erfolg führen. In den letzten Jahren hat es einen großen Zuwachs der erneuerbaren Energien gegeben, aber der Umbau des Gesamtsystems hat nicht Schritt gehalten – vom Netzausbau über Speichertechnologien bis hin zum Zusammenspiel von konventionellen und neuen Kraftwerken. Da ist der Haupthandlungsbedarf – und die Strompreise dürfen nicht durch die Decke schießen.

Welche Auswirkungen haben die Ergebnisse für Ihren Wahlkreis?

Insgesamt haben wir hier weiterhin gute Chancen, weil wir den Ausbau der Windkraft an Land auf die guten Standorte konzentrieren wollen. Und die besten Standorte sind nunmal bei uns an der Küste. Ich habe mich in den Verhandlungen erfolgreich dagegen gewehrt, die Vergütung an den guten Standorten abzusenken, um die besonders schwachen Standorte nochmal zusätzlich zu subventionieren.

Und wie sieht's mit den Offshore-Windparks aus, die vielen Syltern ja nicht so sehr behagen?

Ich gehe davon aus, dass die Windparks vor Sylt kommen werden, weil es rechtskräftige Genehmigungen gibt. Aber insgesamt passen wir die Ausbauplanungen der Realität an. Offshore dauert eben länger als sich manche vorgestellt haben. Dafür beschreiben wir auch einen Ausbaupfad über 2020 hinaus, der vorsieht, dass bis 2030 pro Jahr etwa zwei Windparks gebaut werden. Dann werden wir offshore etwa 15 Gigawatt Leistung haben.

Hat sie die extrem geringe Bereitschaft der Bürger erstaunt, sich am notwendigen Ausbau des Netzes finanziell zu beteiligen?

So wie dieses Modell konstruiert war, hat es mich nicht erstaunt. Grundsätzlich halte ich es für gut, die Erfahrungen der Bürgerwindparks auf den Netzausbau zu übertragen. Aber dafür braucht man andere Modelle, das weiß jetzt auch Netzbetreiber Tennet.

Neue Ausschüsse des Bundestages gibt es bislang ja noch nicht. Steht denn schon fest, welche Aufgaben Sie die nächsten fünf Jahre in Berlin übernehmen werden?

Bei uns in der Fraktion wird erst im Januar das gesamte Ausschuss-Tableau besetzt werden. Für mich hat sich aber bereits herausgestellt, dass mein Hauptthema die Interessenvertretung für kommunale Belange auf Bundesebene sein wird. Im Juni bin ich Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU geworden und im Oktober neuer Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik, der mehr als 160 Bundestagsabgeordnete der Union angehören. Damit bin ich für CDU und CSU der oberste Interessenvertreter für kommunale Belange in Deutschland. Wobei die Frage ist, in welchem Ausschuss ich damit vertreten sein werde, da Kommunalpolitik ein Querschnittsthema ist, das viele Fachbereiche tangiert, vom Inneren über Finanzen bis hin zu Gesundheit und Soziales. Mein Interesse wäre es darüber hinaus, mich weiter um das Thema Energie zu kümmern.

Bleiben wir beim Thema Kommunen: Die jüngsten Haushaltsberatungen zeigen, dass selbst die finanzstarke Gemeinde Sylt ihr Korsett immer enger schnüren muss, weil nicht zuletzt die Last der Umlagen und Abgaben immer größer wird. Können Sie verstehen, dass da manchem Bürgermeister oder Kämmerer das Messer in der Tasche aufgeht?

Das kann ich vor allem dann verstehen, wenn das Land daher geht, den kommunalen Finanzausgleich kräftig umrührt und sich das Geld, das in den Städten fehlt, bei den Landkreisen holt. Das trifft auch die Kommunen. Ein anderes Beispiel: Die Bundesregierung hat beschlossen die Grundsicherung der Menschen im Alter zu übernehmen, das sind fünf Milliarden Euro, die er den Kommunen zur Verfügung stellt. In Schleswig-Holstein sollen es es 200 Millionen sein, von denen das Land gleich mal 40 Millionen einbehält. Nun landen in Nordfriesland noch fünf Millionen, mit denen eigentlich die Schulsozialarbeit finanziert werden soll. Gleichzeitig muss der Kreis aber acht Millionen über den Finanzausgleich abführen. Die Folge: Überall im Land ist die Schulsozialarbeit gefährdet.

Man muss aber auch sehen, dass die Kommunen im vergangenen Jahr bundesweit Überschüsse gemacht haben im Gegensatz zu Bund und Ländern. Allerdings gibt es da eine große Spreizung. Deshalb ist es schwer, von der Bundesebene mit der Gießkanne etwas zu verteilen. Man braucht zielgerichtete Hilfe, für die verfassungsrechtlich allerdings die Länder in erster Verantwortung stehen, der sie teilweise nicht nachkommen. Für Schleswig-Holstein ist die eine Forderung, dass die Gelder, die der Bund für die Kommunen zur Verfügung stellt, auch wirklich dort ankommen müssen. Und das Land hat wieder einen Haushaltsentwurf vorgelegt, wo aus dem kommunalen Finanzausgleich 120 Millionen in den Landeshaushalt umgeschichtet werden. Obwohl es durch Zensus und Steuerschätzung im nächsten Jahr über 140 Millionen Euro Mehreinnahmen hat. Der Solidarbeitrag durch die Kommunen war 2006 von schwarz-rot beschlossen worden, als es dem Land viel schlechter ging. Jetzt wird es ungebremst fortgesetzt, obwohl der Ministerpräsident im Wahlkampf versprochen hat, diesen Eingriff zurückzuführen. Dieses Versprechen bricht er täglich.

Es gäbe aber auch Möglichkeiten, wie der Bund den Sylter Kommunen helfen könnte. Noch immer gehören ihm etliche Flächen auf der Insel, die sich für den Wohnungsbau eignen würden. Warum ist es so schwer, sie zu für beide Seiten akzeptablen Bedingungen an die jeweilige Gemeinde zu verkaufen?

Der Bund darf diese Flächen nicht verschenken. Es geht um eine reelle Wertermittlung und ich werbe dafür, dass nicht der auf dem Markt zu erzielende maximale Ertrag zu Grunde gelegt wird. Es muss berücksichtigt werden, welchen Ertrag eine Fläche unter Berücksichtigung des Dauerwohnraum bringt. Da kann man dann auch Pakete schnüren, über die wohl auch schon Gespräche stattfinden, in die ich allerdings nicht eingebunden bin. Aber ich bin bereit, in diesen Gesprächen zu helfen, und fühle mich dann auch als Anwalt der Insel. So wie ich auch andere Gespräche begleitet habe, ob bei der MVS in List oder beim Hörnummer Hafen.

Über dieses Projekt hat man ja lange nichts mehr gehört – wird es überhaupt noch zum Verkauf des Hafens kommen?

Ich weiß es wirklich nicht. Im Moment wird noch einmal komplett neu überprüft, welche Flächen tatsächlich verkauft werden können. Ich finde es ärgerlich, dass dies vor der letzten Ausschreibung nicht ordentlich gemacht wurde, sondern jetzt nochmal wieder Bundesbedarf angemeldet wird. Und offenkundig auch die Ermittlung des Sanierungsbedarfs nicht so sorgfältig gemacht wurde, wie es hätte sein müssen. Ich hoffe, das zügig eine Klärung erfolgt, weil sowohl die Gemeinde wie auch die anderen Interessenten einen Anspruch darauf haben. Der Hafen ist schließlich das Herz von Hörnum.

Wenn Sie heute noch Ihren alten Job als Bürgermeister von Sylt-Ost hätten, würden Sie den Hörnumern raten, den Hafen selbst zu kaufen?

Rat zu geben, ist nicht meine Rolle. Unabhängig von diesem Fall kommt es immer auf die

konkreten Bedingungen an. Als Bürgermeister stand ich selbst mal vor der Frage, kaufen wir das Flughafengelände für knapp 17 Millionen D-Mark oder nicht. Die Bedingungen waren dennoch akzeptabel und am Ende hat sich herausgestellt, dass die Kommunen durch die Gewerbegebietentwicklung gutes Geld verdient haben. Es kommt also auch darauf an, was man daraus macht und ob man eine Entwicklung auslösen kann. Grundsätzlich gilt, dass eine Gemeinde immer ein Interesse haben sollte, selber mitgestalten zu können.

Welche anderen Sylter Themen stehen für Sie in Berlin aktuell auf der Agenda?

In den letzten Wochen hat auch mich die ungeklärte Situation der Geburtshilfe in der Nordseeklinik stark beschäftigt. In meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter hat es bisher kein Thema gegeben, auf das mich so viele Sylter angesprochen und um Hilfe gebeten haben.

Wie schätzen Sie die Situation denn ein?

Sylt braucht diese Geburtsstation aus zwei wesentlichen Gründen: Die schwangeren Frauen brauchen die Sicherheit, dass sie ihre Kinder hier jederzeit zur Welt bringen können. Die Alternative, zwei Wochen vor dem Stichtag die Insel zu verlassen und auf die Geburt zu warten, kann keine Lösung sein. Für die Frauen genauso wenig, wie für die ganze Insel. Die medizinische Grundversorgung, zu der es auch gehört, die Kinder sicher zur Welt zu bringen, ist ein wesentlicher Standortfaktor. Wenn das nicht zu gewährleisten ist, schwächt das den Standort Sylt, macht ihn für die Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, unattraktiver. Es ist ein Unterschied, ob ich auf einer Insel sitze, von der ich nicht runterkomme, wenn es nachts plötzlich losgeht, oder ob ich mich ins Auto setzen kann und innerhalb einer halben Stunde in der bestausgestatteten Klinik bin.

Wen sehen Sie in der Verantwortung, die Geburtshilfe zu garantieren?

Die erste Verantwortung liegt ganz klar bei Asklepios. Die haben einen Vertrag und einen Versorgungsauftrag, für den sie auch Geld bekommen. Darum ist Asklepios in der Verpflichtung für eine sachgerechte Lösung zu sorgen, nicht für eine Billiglösung. Dazu gehören Hebammen genauso wie Gynäkologen.

Weitere Sylt-Themen?

Die Übertragung von Naturschutzflächen des Bundes auf den Landschaftszweckverband soll fortgesetzt werden. Das Thema Nationales Naturerbe steht auch im Koalitionsvertrag. Es würde mich freuen, wenn nach den Rantumer Dünen auch die Flächen in List in Sylter Hand kämen. Auch das Thema Küstenschutz, speziell die Sicherung der Bundesmittel aus denen unter anderem die Sandvorspülungen finanziert werden, wird mich weiter

beschäftigen. Vor allem, indem ich den Zuständigen, die im Haushaltsausschuss dafür zuständig sind, erkläre, warum das alles notwendig und wichtig ist. Wobei das Bewusstsein gewachsen ist, dass wir etwas für den Küsten- und Hochwasserschutz tun müssen. Mein Anliegen ist dabei, dass die zusätzlichen Maßnahmen im Binnenland an den Flüssen nicht zu Lasten des Küstenschutzes gehen.

Obwohl Sie ja bereits seit acht Jahren in Berlin sind, haben Sie als ehemaliger Bürgermeister von Sylt-Ost die Fusion zur Großgemeinde Sylt vor fünf Jahren ja sehr genau verfolgt. Wie ist Ihr Fazit nach fünf Jahren?

Es war richtig, den Weg zu gehen, ansonsten enthalte ich mich einer Bewertung.

Zweiter Versuch, Ihre Meinung zu einem kommunalpolitischen Sylter Thema zu erfahren:

Mit welchem Blick sehen Sie heute die Ruine der Keitum-Therme?

Es ist schade, was sich da entwickelt hat, weil die Grundidee gut war. Wenn die Firma Kannewischer damals unser Partner geblieben wäre, sähe es dort heute anders aus. Es ist eines der ganz schmerzhaften Erlebnisse, diese Ruine da zu sehen, und extrem bitter, wie viel Geld jetzt für Anwälte drauf geht.

Autor: Jörg Christiansen